Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag, Auslieferung und Schriftleitung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 3 | München / 6. Jahrgang | 17. Januar 1919

1919 Wochenkalender 5679

	Januar	Schebat	Bemerkung
Sonntag	19	18	
Montag	20	19	
Dienstag	21	20	
Mittwoch	22	21	
Donnerstag	23	22	
Freitag	24	23	
Samstag	25	24	מברכין החדש

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag, Auslieferung und Schriftleitung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Nummer 3 | München / 6. Jahrgang | 17. Januar 1919

Sozialisierung.

Von Leo Rosenberg.

Die im Juli 1918 zu Pittsburg stattgefundene Konferenz der amerikanischen Zionisten, die von der gesamten jüdischen Öffentlichkeit der Neuen Welt als die „Gründungsversammlung für das neue Palästina“ begrüßt wurde, hat die Sozialisierung des bereits bestehenden und des in Zukunft zu schaffenden jüdischen Wirtschaftslebens in Palästina beschlossen. Der 15. Delegiertentag der deutschen Zionisten war einsichtig genug, diesem Beispiel nicht nachzueifern; immerhin fehlte es auch in seiner Mitte nicht an recht kräftigen Stimmen, namentlich aus den Kreisen jener radikalen und radikalisierenden jüdischen Jugend, der mehr Begeisterungsfähigkeit als Verantwortungsgefühl eignet, die das Sozialisierungsprogramm auch in Palästina lieber heute als morgen restlos verwirklicht wissen möchte. Ein Delegiertentag der deutschen Zionisten kann seinem ganzen Charakter nach keinen Anspruch darauf erheben, ein getreues Abbild aller Strömungen und Richtungen innerhalb der weltumfassenden Gesamtorganisation darzustellen. Von den radikalen Gruppen innerhalb des Zionismus war auf ihm nur ein wohl zufällig und vorübergehend in der deutschen Reichshauptstadt zeltender Vortrupp des „Hapoel-Hazaïr“ vertreten; die eigentl. zionistisch-sozialistische Richtung innerhalb der Gesamtorganisation, der in den Kriegsjahren auch auf deutschem Boden gediehene Poale-Zionismus, glänzte durch seine Abwesenheit. Was den „Hapael-Hazaïr“ anlangt, so glaubt sich der Schreiber dieser Zeilen, der die Ehre hatte, seine Programmsätze mit zu entwerfen, zu der Erklärung berechtigt, daß diese Richtung an der Sozialisierungsforderung zumindest grundsätzlich nicht festhält; das Gebot sozialer Gerechtigkeit und das Volksinteresse wäre ihr auch etwa durch das System der Erbpacht oder der Produktivgenossenschaft ausreichend gewahrt. Den „Poale-Zion“ freilich, als Marxisten von echtestem Schrot und Korn, ist die Vergesellschaftung Ein und Alles. „Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Errichtung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage durch den Klassenkampf des jüdischen Proletariats in den Reihen der internationalen Sozialdemokratie“ steht an erster Stelle ihres Programms. (An zweiter Stelle „territoriale Autonomie für das jüdische Volk in Palästina auf demokratischer Grundlage als notwendige Bedingung einer normalen ungestörten Entwicklung seiner Produktivkräfte“; an letzter „nationalpolitische Autonomie für die Juden in allen Ländern, wo sie eine Minderheit bilden“.) Indessen, zur Sozialisierungsforderung haben sich auf dem Berliner Delegiertentag wie auch auf der amerikanischen Zionistenkonferenz auch solche laut und mit Nachdruck bekannt, die auf das „Erfurter Programm“ eben nicht schwören; in Amerika durfte sogar das jüdische Parteiorgan der „Poale-Zion“, der „Jüdische Kämpfer“, mit Recht die Schale seines Spottes über die gutbürgerlichen und kapitalistischen Beschlußfasser ausgießen, die in Palästina den Sozialismus verwirklichen, in Amerika selbst aber wegen einer Lohnerhöhung von zehn cent Zeter und Mordio schreien. Gegen derartige Spottsucht sind indessen unsere wackeren Vergesellschafter hüben und drüben gefeit. Die Pittsburger wie die Berliner Palästinasozialisten werden vor dem Forum des nächsten Zionistenkongresses ihre Sozialisierungsforderung mit gesteigerter Kraft zu vertreten wissen; diesmal durch den ganzen Heeresbann der zionistischen Sozialisten aufs wirksamste und lungenkräftigste unterstützt. Es erscheint durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Beschluß von Pittsburg auch auf dem Kongreß, auf dem unsere Gesinnungsgenossen jenseits des großen Teiches ohnehin Herren der Situation sein werden, durchgedrückt wird.

Es ist hier nicht der Ort, uns in eine sachliche Erörterung des Vergesellschaftungsproblems einzulassen. Es ist nicht schwer, den Vertretern eines Agrarmarxismus in Palästina, falls sie objektiven Gedankengängen überhaupt noch zugänglich sind, zum Bewußtsein zu bringen, daß dieser Agrarsozialismus, beruhend auf der Gleichstellung der ur- und umformenden Produktion hinsichtlich der Entwicklungstendenzen, längst als hinfällig erkannt worden ist. Die fortschreitende Konzentrationstendenz, die Marx nicht allein für die industrielle sondern auch für die landwirtschaftliche Entwicklung gelten läßt, ist längst durch greifbare Tatsachen widerlegt worden. Die Zahl der Kleinbetriebe, die in der Industrie tatsächlich zurückgeht, ist in der Landwirtschaft in fortwährendem Anwachsen begriffen; hier wird nicht der Kleinbetrieb von der Großproduktion, sondern die Großproduktion vom Kleinbetrieb verdrängt. Die Entwicklungstendenz der Landwirtschaft ist mithin nicht Anhäufung, sondern Zersplitterung, nicht Kollektivismus, sondern Individualismus. Die angebliche Überlegenheit des agrarischen Großbetriebes, die der ganzen marxistischen Agrartheorie zugrunde liegt, ist längst als falsch erkannt; die jahrelangen Auseinandersetzungen über diesen Streitpunkt sind heute auf Grund der neueren Feststellungen — gesammelt in der abschließenden Arbeit von Keup und Mührer über den landwirtschaft-

lichen Kleinbetrieb — endgültig zugunsten des Kleinbetriebes entschieden. Angesichts der konkreten Entwicklungstatsachen hat auch Karl Kautsky, der in seiner „Agrarfrage“ den folgerichtigen agrarmarxistischen Standpunkt vertrat, nicht umhin können, die marxistische Agrartheorie, die von den Revisionisten längst verworfen wurde, als überholt hinzustellen. Darum kümmern sich freilich unsere strammen poale-zionistischen Marxisten nicht im Geringsten. Macht nichts, es wird sozialisiert. Wie es geschrieben steht in der Lehre Marx'. Daß freilich die besagte Sozialisierungsforderung auch vom Standpunkt des reinen Marxismus völlig unhaltbar, völlig unmarxistisch ist, braucht für jeden, der je einen Hauch marxistischer Denkweise verspürt hat, kaum hervorgehoben zu werden. Der eminent evolutive und organische marxistische Standpunkt setzt die Sozialisierung an das Ende, nicht an den Anfang des produktiven Entfaltungsprozesses; die Vergesellschaftung ist Ergebnis und Ziel, nicht Ausgangspunkt und Voransetzung. Das individualistische Prinzip in der Wirtschaftsentwicklung ist als vollberechtigte und notwendige „historische Kategorie“ anerkannt, und mit aller Entschiedenheit weist Marx, dessen „Kommunistisches Manifest“ eine förmliche Apotheose des von der Bourgeosie repräsentierten Wirtschaftsindividualismus als Entfalter der Produktivkräfte enthält, den Gedanken zurück, als könnte eine Entwicklungsphase übersprungen werden. Das ist auch heute in Deutschland der gesunde Standpunkt der sozialistischen Mehrheitspartei, dem sich übrigens in dieser Beziehung auch Karl Kautsky und Eduard Bernstein anschließen, die die übers Knie gebrochene „Sozialisierung“ entschieden ablehnen. Unsere palästinensischen Agrarmarxisten (denn die palästinensische I n d u s t r i e ist ja vorderhand Zukunftsmusik) mögen sich also dessen bewußt sein, daß die Sozialisierungsforderung weder mit dem Marxismus, noch mit der Vernunft etwas zu tun hat. Vernunft und Marxismus erkennen gemeinsam dem Unternehmungsgeist des Einzelnen die Schöpferrolle zu und erblicken in dem Erwerbstrieb und Eigeninteresse die Triebkraft aller produktiven Entfaltung. Erst nachdem der Mohr des Kapitalismus seine Arbeit getan hat, meint der Marxismus, kann er gehen. Der Mohr des Kapitalismus hatte seine Arbeit im vorkriegszeitlichen Deutschland schier vollbracht; h e u t e ist er fast so klug wie etwa anno 1850. In P a l ä s t i n a hat er mit der Arbeit kaum erst begonnen. Soll er schon gehen?

Die Vertreter einer ganz auf die graue Theorie zugeschnittenen Sozialisierungsforderung haben sich offenbar noch nicht die Frage gestellt, wie diese Forderung in Palästina zu verwirklichen wäre. Wir sprechen nicht von dem bereits in jüdischen Händen, zum überwiegenden Teil als Privateigentum, befindlichen Bodenbesitz. Die Vergesellschaftung dieses Landbesitzes und dessen Enteignung würde auf gewisse nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten stoßen — die Z a h l der jüdischen Landeigentümer ist in Palästina um das Vielfache größer als die der jüdischen Landarbeiter; G r o ß b r i t a n n i e n, dessen Recht in Palästina gilt, wird für derartige bolschewistische Liebhabereien schwerlich etwas übrig haben — die durch keinen Machtspruch zu überwinden sein werden. Indessen, das bereits Bestehende fällt ja überhaupt kaum allzu schwer ins Gewicht. Die 10 Prozent des bewirtschafteten Bodens (40 000 von 400 000 ha) und 2 Prozent der gesamten Bodenfläche (500 von 30 000 qkm) stellt einen A n f a n g dar, der im Verhältnis zu den weitgesteckten nationalen und politischen Zielen kaum als erheblich bezeichnet werden kann. Eine Sozialisierung des noch zu e r w e r b e n d e n B o d e n s wäre aber schon rein technisch nur dann denkbar, wenn dieser Boden von vornherein nicht von Privaten, sondern mit den Mitteln öffentlicher Fonds erworben wird, wenn das künftige palästinensische Siedlungswerk nicht der P r i v a t i n i t i a t i v e, sondern nationalen K o l o n i s a t i o n s i n s t i t u t i o n e n überlassen wird. Agrarbank, Nationalfonds und sonstige öffentliche gemeinnützige Gründungen sind es auch, an die in diesem Zusammenhang gedacht wird. Nun wird sich aber niemand, dem unsere nationale Sache ernst genug ist, um sich keinen unhaltbaren Illusionen hinzugeben, verhehlen können, daß die M i l l i a r d e n b e t r ä g e heischende Finanzierung des in durchaus mäßigem Rahmen zu haltenden künftigen palästinensischen Siedlungswerkes — wir schließen uns L i c h t h e i m s Maximalaufstellungen auf dem 15. Delegiertentag vorbehaltlos an — weder vom Nationalfonds, noch von anderen noch zu schaffenden öffentlichen Institutionen bewerkstelligt werden kann. Man dürfte sich vielmehr in einsichtigen Kreisen darüber klar sein, daß das künftige palästinensische Siedlungswerk i n d e r H a u p t s a c h e der Privatinitiative und dem Privatkapital überlassen bleiben muß. Von dem Maße, wie es tatsächlich gelingen wird, das Privatkapital für die jüdische Palästinasiedlung flüssig zu machen, hängt tatsächlich die Zukunft unseres Landes und die Verwirklichung unserer nationalen Bestrebungen ab. Die Aussichten in dieser Richtung sind glücklicherweise keineswegs ungünstig, vielmehr in hohem Maße ermutigend. Es ist gelungen das amerikanisch-jüdische Kapital für Palästina in erheblichem Maße mobil zu machen. Das jüdische Bürgertum Polens, Galiziens und der Ukraine legte letztens in seiner wirtschaftlich kräftigen Oberschicht tatkräftiges Interesse für das palästinensische Siedlungswerk an den Tag. Noch mehr ist vom jüdischen Großkapital Großrußlands zu erwarten, das in seiner gegenwärtigen Gefährdung durch die bolschewistischen Sozialisierungsmaßnahmen den Weg nach Palästina suchen und finden wird. (Es liegen bereits darüber glaubwürdige Berichte vor.) Es gehört nun keine blühende Einbildungskraft dazu, um sich zu vergegenwärtigen, wie das immer lauter werdende Sozialisierungsschlagwort auf diese Bestrebungen des jüdischen Privatkapitals, dessen Palästina im gegenwärtigen Moment so benötigt wie zu Jahresbeginn des Frühregens, wirken müssen. Unsere amerikanisch-jüdischen Blätter haben uns leider darüber nicht berichtet, welche Stimmungen der Pittsburger Beschluß in den Kreisen des palästinafreundlichen jüdischen Kapitals hervorgerufen hat — falls ein derartiger Beschluß in diesen Kreisen überhaupt ernst genommen wurde. Das jüdische Großkapital Rußlands wird schwerlich der Scylla des russischen Bolschewismus entgehen, um der Charybdis einer palästinensischen Sozialisierung in die Arme zu laufen. Daß der jüdische Bürger Polens und Galiziens seine letzten Groschen auf dem Altar der Sozialisierung darzubringen bereit sein wird, ist füglich sehr unwahrscheinlich.

Es kann keinem Zweifel unterliegen: Sozialisierung bedeutet für uns Verzicht auf Privatinitiative und Privatkapital. Verzicht auf die Pri-

vatinitiative und Privatkapital bedeutet für das jüdische Palästina Verzicht auf die Zukunft. Unsere Vergesellschafter mögen sich dessen bewußt sein, daß durch die Verquickung unserer nationalen Lebensnotwendigkeit mit einem sozialen Ideal dem letzteren schwerlich gedient, die erstere tatsächlich gefährdet wird. Unsere Lebensfrage ist gegenwärtig die nationale Gerechtigkeit, nicht die soziale. Alle diejenigen, die nicht gewillt sind, die Gefährdung der nationalen Aufgabe durch ein vages soziales Ideal zuzulassen, haben indessen keinen Grund zur Zagnis. Die Pittsburger Beschlußfasser wie die Berliner Forderer und alle diejenigen, die ihres Geistes sind, haben schließlich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Unter britischer Flagge gedeiht die radikale Sozialreform Neuseelands, aber nie und nimmer ein bolschewistisches Palästina.

Der Delegiertentag der „Agudas Jisroel" in Cassel.

Die „Agudas Jisroel" Jugendorganisation hatte zum 1. Januar ihren Delegiertentag nach Cassel einberufen. Trotz der außerordentlich schlechten Verkehrsverhältnisse waren ca. 100 Delegierte erschienen, die etwa 70 Gruppen vertraten.

Der Delegiertentag wurde von Herrn Direktor Dr. Lange, Frankfurt, eröffnet. Nach Einsetzen einer Wahlprüfungskommission sowie nach der Bildung eines Büros wurde der Tätigkeitsbericht erstattet. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Führerinnen-Kurse, nachdem sie bis in die letzten Einzelheiten organisiert waren, durch die politischen und Verkehrsschwierigkeiten ausfallen mußten. Das Verbandsorgan soll vom Beginn des neuen Jahrgangs ab in erweiterter und verbesserter Form erscheinen. Die Finanzlage wurde berührt und betont, daß die regelmäßigen Einnahmen in gar keinem Verhältnis zu den Ausgaben ständen, und daß nur durch intensive Sammeltätigkeit aller Gruppen und aller Mitglieder die weitere Arbeit der Organisation ermöglicht werden kann. Die Bundesabzeichen seien auch bereits in Arbeit gegeben, der Herstellung ständen aber durch die Kriegsverhältnisse enorme technische Schwierigkeiten entgegen. Die Schweizer Jugendorganisation wolle sich an der Redaktion der „Blätter" beteiligen und habe die teilweise Übernahme des Verlags „Arzenu" angeboten. Endlich werden von einer Schweizer Jugendgruppe 10 000 Mark bewilligt, die als Grundkapital zur Erwerbung einer Jugendkolonie in Erez Isroel verwandt werden sollen.

Die Aufstellung eines Arbeitsprogramms führte zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bewegung, so daß zur Überbrückung dieser Unterschiede ein außerordentlicher Delegiertentag nötig erschien.

Über den Tätigkeitsbericht entspann sich eine kurze Diskussion, worauf in die Verhandlung über den zweiten Punkt der Tagesordnung: die Aufstellung eines Arbeitsprogramms eingetreten wurde.

Es lagen der Versammlung 9 Programmentwürfe vor, von denen 8 sich im wesentlichen auf die Stellungnahme zu einzelnen Punkten beschränken, während ein aus Frankfurt eingereichter Entwurf ein vollkommen ausgearbeitetes Programm für die Gesamttätigkeit der Jugendgruppen enthielt. Auf dieses Programm hatte sich die überwiegende Mehrheit der Frankfurter Delegierten und der G. A. geeinigt.

Man begann nun damit, jeden einzelnen Entwurf begründen zu lassen. Nachdem die Punkte, in denen die einzelnen Programme von einander abwichen, von den einzelnen Referenten in breiterer Darstellung auseinander gelegt worden waren, wurde der Antrag gestellt, eine Kommission zu ernennen, die aus den vorliegenden Entwürfen einen herausarbeiten sollte, in dem die Unterschiede, soweit sie in der Kommissionsberatung nicht geklärt werden können, bestehen bleiben, um später vom Plenum diskutiert zu werden. Dieser Antrag wird angenommen.

Nachmittags erstattet Herr Dr. Hildesheimer Bericht über die Tätigkeit der Kommission. Das Frankfurter Programm vertrage vermöge seiner inneren Geschlossenheiten keine Verarbeitung mit den übrigen Entwürfen. Die Kommission habe sich daher darauf beschränkt, die übrigen Entwürfe zu behandeln und überlasse der Versammlung, zum Frankfurter Programm Stellung zu nehmen. Die Kommission habe sich auf eine abgeänderte Fassung der von Berlin vorgelegten Richtlinien geeinigt.

Die nun folgende Debatte war ganz und gar von dem tiefen Eindruck beherrscht, den das Frankfurter Programm hervorgerufen hatte. Von den verschiedensten Seiten fand es geradezu begeisterte Zustimmung, und die Gegnerschaft, die sich geltend machte, beruhte im wesentlichen auf der Befürchtung, daß dieses Programm mit seinem von einer beherrschenden Grundidee getragenen streng geschlossenen Bau und teilweise neuartiger Terminologie vielfach kein hinreichendes Verständnis finden werde.

Auch der Vorsitzende des provisorischen Komitees, Herr Jakob Rosenheim, gab bei aller prinzipieller Zustimmung zu dem Programm, der gleichen Befürchtung Ausdruck.

So wurden denn in der folgenden Abstimmung die Berliner Hauptrichtlinien in der von der Kommission abgeänderten Form als vorläufiges Programm für die Außen- und Propaganda-Arbeit angenommen.

Das Frankfurter Programm dagegen wurde durch einstimmigen Beschluß der Versammlung als richtunggebend für die Verinnerlichung der Organisation und als Grundlage ihres endgültigen Programms bezeichnet und soll der Organisationsleitung sowohl als auch den einzelnen Gruppen geistiger Führer für ihre Weiterarbeit sein.

Beide Entwürfe werden zu formalen Änderungen einer Kommission überwiesen, deren Ernennung dem geschäftsführenden Ausschuß übertragen wird.

Nachdem Herr Dr. Hildesheimer dem Danke der Versammlung an die Organisationsleitung sowie die Leitung des Delegiertentages Ausdruck gegeben hatte, schließt der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß das neue Programm in den Gruppen verwirklicht und der Organisation, ja dem gesetzestreuen Judentum Stärkung und Verinnerlichung bringen werde.

Die Poale-Zion auf der internationalen Sozialistenkonferenz.

Das Mitglied des Internationalen Sozialistenbureaus für Palästina, Herr Ing. S. Kaplansky, erhielt von C. Huysmans, dem Sekretär der Internationale, die Mitteilung, daß der Jüdische Sozialistische Arbeiterverband Poale-Zion zur Teilnahme an der internationalen Sozialistenkonferenz eingeladen sei.

Die Delegation wird aus den Herren S. Kaplansky, Chasanowitsch und Dr. Rosenfeld bestehen.

Die Neuwahlen in der Münchner Kultusgemeinde.

In unserer vorigen Nummer haben wir bereits den Beschluß des Verwaltungsausschusses wiedergegeben, wonach dieser sich auf Grund der Anordnung der Kreisregierung nunmehr entschlossen hat, den ganzen Verwaltungskörper in den ersten Monaten dieses Jahres einer Neuwahl zu unterziehen. Es würden demnach gleichzeitig gewählt: 18 Mitglieder des Verwaltungsausschusses, 6 Ersatzmänner, 5 Mitglieder des Revisionsausschusses. Die Wahlen sollen — nach dem Beschluß des Verwaltungsausschusses — auf Grund des in der Gemeindesatzung festgelegten Wahlmodus der Mehrheitswahl erfolgen. — Wir haben unsere politischen und rechtlichen Bedenken dagegen, daß Neuwahlen nach einem anderen Verfahren als dem der Verhältniswahl durchgeführt werden, hier schon mehrfach zum Ausdruck gebracht und müssen daran auch angesichts des neuerlichen Beschlusses der Verwaltung festhalten. Mit dem hierin festgelegten Vorgehen könnte man sich nur dann einverstanden erklären:

1. wenn der jetzt neu zu wählende Ausschuß vonseiten der Wähler die bindende Verpflichtung mit auf den Weg bekäme, unverzüglich nach seinem Zusammentritt die Einführung des Verhältniswahlrechtes in die Wege zu leiten, und sobald die hierzu notwendige Satzungsänderung beschlossen ist — spätestens Ende 1919 — zurückzutreten, damit dann eine Neuwahl der Verwaltung auf Grund des Verhältniswahlsystems stattfinden kann. Erst dieser Verwaltung fiele die Aufgabe zu, eine umfassende Neugestaltung der Gemeindestatuten durchzuführen;

2. wenn die demnächst nach dem alten Wahlverfahren vorzunehmenden Wahlen im Geiste der Verhältniswahl vorbereitet und durchgeführt werden, d. h. wenn den Minderheiten die ihnen zukommende Vertretung durch Verständigung mit den Mehrheitsparteien gesichert wird.

Wahlen, wie wir sie im Jahre 1910 in der Münchener Kultusgemeinde erlebt haben, wo die Minderheitsparteien, obwohl sie ein volles Drittel der Gesamtstimmen aufbrachten, nicht einen einzigen Sitz erhielten, sind heute — das wird zweifellos allgemein anerkannt werden — nicht mehr zulässig. Werden diese Grundsätze beachtet, so könnten die Minderheiten u. E. darauf verzichten, für die bevorstehenden provisorischen Wahlen auf der Verhältniswahl zu bestehen. Wie man uns mitteilt, dürfte die Gemeindeverwaltung in ihrer überwiegenden Mehrheit sich den oben gestellten Forderungen gegenüber zustimmend verhalten. Wir würden das im Interesse einer friedlichen Durchführung der Wahlen lebhaft begrüßen, meinen aber, es müßte hierüber tunlichst bald eine Klarstellung erfolgen. Soweit Punkt 2 in Betracht kommt, könnte diese nur durch Verhandlung zwischen den einzelnen Parteien innerhalb der Gemeinde herbeigeführt werden.

Frauenwahlrecht in der jüdischen Gemeinde.

Die Ortsgruppe München des jüdischen Frauenbundes hat an die Verwaltung der hiesigen Kultusgemeinde eine Eingabe gerichtet, worin sie beantragt, daß den jüdischen Frauen das aktive und passive Wahlrecht innerhalb der jüdischen Gemeinde gewährt werde. In der Eingabe wird auf das den Frauen nunmehr allgemein eingeräumte politische Wahlrecht, sowie auf die besonderen Aufgaben der Frau in der jüdischen Gemeinde, vor allem auf dem Gebiet der sozialen Aufgaben hingewiesen. Die Verwaltung hat darauf geantwortet, daß bei der bevorstehenden Neufassung der Satzungen und der „Neureglung aller zu berücksichtigenden Einzelaufgaben einer Gemeinde entsprechend der hervorragenden Tätigkeit der jüdischen Frauen der (in der Eingabe) nicht neu angregte, sondern innerhalb der Gemeindeverwaltung schon erörterte Gedanke die erforderliche Beachtung werde finden müssen."

Gedächtnisrede für die Pogromopfer.

Nachstehenden Auszug aus einer von Rabbiner Dr. Ehrentreu am „Jom-Kipur-Koton" d. J. in der „Ohel-Jakob-Synagoge gehaltenen Trauerrede für die Pogromopfer in Galizien glauben wir unren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. D. Red.

Viereinhalb Jahre lang hat der Krieg gewütet und der Würgeengel hat da draußen auf dem Gefilde der Schlachten überreiche Ernte gehalten,

wie noch nie seit der Zeit der großen Flut. Mehr als irgend eines der Völker haben unsere Brüder im Osten von den Leiden, Qualen und Wunden des Krieges zu tragen gehabt. Hunderttausende von ihnen wurden von den Stätten ihrer Heimat verjagt und vertrieben und abgesehen von den eigentlichen Opfern des Krieges mußten sie außerdem noch Raub, Mord und Plünderung über sich ergehen lassen. Nun, da die Kriegsfackel erloschen und dem Würgeengel Einhalt geboten war, durften wir hoffen, daß auch das Blutvergießen ein Ende haben wird. Aber wie bitter wurden wir enttäuscht!

Mit Schaudern und Entsetzen haben wir es vernommen, was dort geschehen ist, was wir in unseren Tagen nicht für möglich hielten. Es liest sich wie eine Chronik aus dem finstersten Mittelalter, wie einer der Trauerpsalmen aus alter Zeit.

Laut wollen wir klagen und trauern um diese unschuldigen Opfer barbarischer Wut. Und es ist die Pflicht der ganzen Gemeinde Israels laut ihre Stimme zu erheben, daß es die Mächtigen der Erde hören sollen. Sie, in deren Hand heute die Geschicke der Völker liegen, die daran gehen, die Grenzen der Länder neu abzustecken, sie haben die Macht und die Pflicht solchen Frevel zu ahnden, solchen Grausamkeiten für die Zukunft vorzubeugen. Ein Volk, welches mit seiner neu gewonnenen Freiheit solchen Mißbrauch treibt, hat das Recht verwirkt, in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker aufgenommen zu werden.

Damit allein haben wir unserer Schuldigkeit noch nicht genug getan. Es muß auch noch die Tat dazu kommen. Wir müssen das Opfer des Ewigen darbringen, jeder nach Maßgabe seines Könnens um die entsetzliche Not der Hinterbliebenen, der Beraubten und Ausgeplünderten zu lindern. Der Notruf aus dem fernen Osten soll im Herzen der Brüder, die im Westen wohnen, einen kräftigen Widerhall finden. Wir wollen damit Zeugnis ablegen, daß die Scheidewand, die von gewisser Seite zwischen uns und unseren östlichen Brüdern aufgerichtet werden möchte, für uns nicht besteht. Für uns, die wir hier versammelt sind, und die Glaubensbrüder in unserer Stadt liegt eine besondere Veranlassung vor, gerade in diesen Tagen unser Gemeinschaftsgefühl mit unseren östlichen Brüdern durch Wort und Tat laut und kräftig zu betonen.

Zur Zeit, als diese Greueltaten geschahen, in der Woche, in welcher wir das Vermächtnis des Stammvaters, die Ermahnung an seine Kinder und seine Nachkommen, „schließet Euch zusammen, seid einig“ vernommen haben, wurde hier in einer Tageszeitschrift ein Schreiben veröffentlicht, in welchem unseren bittersten Feinden Beifall gespendet und Dank gezollt wird, weil sie gegen unsere eingewanderten Brüder Haß und Feindschaft predigen. Die galizischen und polnischen Juden werden dort mit Schmähungen und Beschimpfungen reichlich bedacht. Der Schreiber soll ein Jude sein. Wir wollen absehen von der Torheit und Verblendung, die darin liegt; denn wenn das Nachbarhaus brennt, ist auch das unsere gefährdet. Davon wollen wir nicht sprechen. Der ungenannte Schreiber erdreistet sich aber im Namen aller ortsansässigen deutschen Juden zu sprechen. Dies muß uns die Schamröte ins Gesicht treiben; dagegen erheben wir laut und nachdrücklich den allerschärfsten Einspruch. Wer solches kund gibt, der ist ein „Masar“, ein Verleumder, ein Angeber, und was einem solchen gebührt, ist uns bekannt. Das Mindeste ist die Verachtung aller Redlichdenkenden. Mit einem solchen wollen wir nichts gemein haben. Jedes wahrhaft jüdische Herz muß eine solche Zumutung als Schmach und Schande empfinden. Wir wollen lieber miteinander leiden als uns gegenseitig anklagen. Das ist nicht jüdische Art und solches ist nie geschehen und soll nie geschehen in Israel.

„Volk und Land!“

Unter diesem Titel erscheint soeben im Welt-Verlag, Berlin W 35, eine neue „jüdische Wochenschrift für Politik, Wirtschaft und Palästina-Arbeit“. Die von Davis Trietsch herausgegebene Zeitschrift will, wie sie in ihrem Programmartikel sagt, den Wiedereintritt der Juden in die Weltgeschichte in ernster Mitarbeit begleiten. In ihr sollen „Volk und Land“ — d. h. die gesamte jüdische Welt und ihre großen Wander- und Siedelungsbewegungen in Palästina und anderwärts — behandelt werden.

Von allen bisherigen jüdischen Zeitschriften unterscheidet sie sich dadurch, daß weder religiöse noch parteipolitische, weder literarische noch allgemein kulturelle, sondern lediglich wirtschaftliche, politische und soziale Interessen — also Fragen der Judenheit, nicht des Judentums, ihre Erörterung finden werden.

Aus der jüdischen Welt

Palästina.

Bericht aus Palästina. Die jüdischen Evakuierten beginnen allmählich zurückzukehren und die Kolonien wieder zu besetzen. „Petach Thikwa“, das zum Glück nur wenig gelitten hat, ist fast wieder bewohnt. Dagegen haben die Kolonien „Kfar Saba“, „Kfar Mala“ und „Ein Ganin“ sehr große Schäden aufzuweisen. In Kfar Saba sind außer einigen wenigen Häuserreihen nur zwei Mandelgärten heil geblieben. In Ein Ganin sind alle Häuser demoliert, die Gärten jedoch unbeschädigt. In Kfar Mala sind das Arbeiterheim, die Motorgebäude und einige Stallungen zerstört. Das rasche Zurückströmen der Flüchtlinge hat besonders wohltuend auf das Schulwesen eingewirkt. Prof. Schatz ist mit viel Freude empfangen worden, ebenso Salomon Schiller, der Leiter des Gymnasiums in Jerusalem. Von den neuen Lehrkräften hat Dr. Lurié das Inspektorat über den hebräischen Unterricht übernommen, während Isak Epstein als provisorischer Leiter des Lehrerseminars fungiert, bis David Jelin, der in der Evakuierten-Fürsorge tätig ist, seinen Posten wieder übernehmen wird können. Auch das Volkshaus in Jerusalem ist wieder eröffnet.

In den Kolonien sind jüdische Steuerbehörden und jüdische Polizei eingesetzt. Im höchsten Gerichtshof sind von 5 Richtern 3 Juden. Die Korrespondenz mit den Behörden darf auch in hebräischer Sprache stattfinden.

Im Gegensatz zu den Goluthländern, wo während des Krieges das hebräische Schrifttum darnieder lag, blühte in Palästina sowohl die schöngeistige Literatur (Sammlung der Poesien „Tmol“ von Barasch u. a.) wie auch die wissenschaftliche (Interpretation des Buches „Hiob“, hebräische Handbücher für die Mittelschulen und ähnliche).

Außer der hebräischen Wochenschrift „Chadaschot-Mehaarez“ erscheint auch eine neue pädagogische Monatsschrift „Hachinuh“ unter der Redaktion von Dr. Turow. Sehr rege Tätigkeit entwickelte auch die Arbeiterorganisation „Hapoel Hazair“. Diese Organisation gab während des Krieges zwei, der Arbeiterfrage gewidmete Werke heraus, „Haawodah“ und „Haarec w'haawodah“. Außerdem erscheint in Jerusalem die allen aktuellen Fragen gewidmete Monatsschrift „Al Hamitzpa“.

Im Buchhandel sind erschienen „Likrat Heatid“ von Mordechai ben Hillel Hakohen, „Milchemet hajihudim baromaim w'churban Jeruschalaim“ von Belkind und „Hamoreh w'hatalmid“ und „Hachoref harischon“ von Ch. A. Zutta. Der bekannte Literat A. Z. Rabinowicz übersetzte mehrere Werke der europäischen Literatur, darunter die Autobiographie des russischen Revolutionisten Gerschuni, ins Hebräische. Demnächst beginnt auch unter der Redaktion von Rabinowicz die periodische literarische Zeitschrift „Hagalil“ zu erscheinen.

Rückkehr palästinensischer Verbannter. Das Stockholmer Jüdische Preßbureau erfährt von einem Londoner Korrespondenten unter dem 7. Januar: 350 Juden, zumeist Verbannte, trafen am 12. Dezember 1918 aus Konstantinopel in Palästina ein. Der Dampfer führte die jüdische Flagge. Die Rückkehr wurde von dem Heimschaffungskomitee unter Ruppins Leitung organisiert.

Polen.

Wilson und der Lemberger Pogrom. Die Warschauer „Nowa Gazetta“ (Blatt der Polen) schreibt unter obigem Titel: Von einer soeben aus der Schweiz ankommenden Persönlichkeit erfahren wir, Präsident Wilson habe erklärt, er hätte die Telegramme der Krakauer und Warschauer Gemeinden nicht erhalten. Diese Nachricht scheint uns glaubwürdig, wenn man einerseits die nicht guten Beziehungen Wilsons zum polnischen Liquidationskomitee, anderseits die Strömungen, die durch den Lemberger Pogrom in der Umgebung des Präsidenten hervorgerufen worden sind, betrachtet. Zu dieser Umgebung gehören nämlich einige Juden, darunter zwei Sekretäre, die ihm vom jüdischen Philanthropen Jakob Schiff rekommandiert worden sind. Präsident Wilson und seine Umgebung sind der Ansicht, daß die Anführer der antisemitischen Bewegung in Polen, deren katastrophale Konsequenz die Pogrome gewesen sind, sich mit der Politik des polnischen Nationalkomitees identifizieren.

Galizien.

Numerus Clausus an der Krakauer Universität. Bei der diesjährigen Inskription an der Krakauer Universität hat die Universitätsbehörde prinzipiell auf je 100 christliche Hörer nur 5 Juden aufgenommen, also eine besondere Prozentnorm für die Juden aufgestellt.

Ukraine.

Schiffsverkehr Odessa - Jaffa - Konstantinopel. Wie man erfährt, hat das erste Schiff unter jüdisch-nationaler Flagge zwischen Jaffa und Konstantinopel zu kursieren begonnen.

Eine Gruppe jüdischer Schiffsbesitzer aus Odessa wandte sich an das Oberkommando der Alliierten mit der Bitte, auf der Linie Odessa-Jaffa-Konstantinopel einen Schiffsverkehr unter nationaler Flagge aufnehmen zu dürfen. Vorderhand beabsichtigen sie, auf erwähnter Linie zwei Personendampfer in Verkehr zu setzen.

Rußland.

Ussischkins Abreise nach Palästina. Das Kopenhagener Zionistische Bureau erfährt durch das Jüdische Preßbureau in Wien, daß der bekannte Führer der russischen Zionisten, Ussischkin, sich demnächst in Erledigung einer besonderen Mission an Bord eines Kriegsschiffes nach Palästina begeben wird.

Tschecho-Slowakischer Staat.

Zusammenkunft der zionistischen Organisation. Am 3. Januar hat in Agram (Zagreb) die erste Zusammenkunft aller zionistischen Organisationen der südslawischen Staaten stattgefunden. Vertreten waren die Zionisten aus Kroatien, Bosnien und Herzegowina. Führer der zionistischen Organisation in Jugoslavien sind Dr. Hugo Spitzer, Kultuspräsident in Esseg und Dr. Jacobi aus Agram.

Organisierung der Juden in der Slovakei. Das Jüdische Preßbureau Budapest meldet: In Pöstyéen hat sich unter Vorsitz von Dr. Leo Alexander ein Ausschuß zur Organisierung der Juden in der Slovakei auf jüdisch-nationaler Grundlage gebildet.

Frankreich.

Französisches Schutzrecht für Palästina. Die in der französischen Kammer von Pichon abgegebene Erklärung, welche die Rechte Frankreichs in Palästina und den benachbarten Ländern scharf unterstreicht, Rechte, die ebenso auf historischen Traditionen, Übereinkommen und Abmachungen wie auch auf den Aspirationen der Einwohner beruhen, die schon seit jeher ihre Freundschaft für Frankreich bezeugten und auf die Frankreich, nach Pichons ausdrücklichen Worten, unbestreitbare Schutzrechte, besonders im Libanon, Syrien und Palästina besitzt, haben nach „Jewish-Chronicle“ in jüdischen Kreisen stark beunruhigend gewirkt. Das genannte Blatt schreibt: Es wird die alliierten Regierungen nicht überraschen zu hören, daß solche auf geheimen Abmachungen beruhende Deklarationen besonders in jüdischen Kreisen, eine gewisse Unruhe hervorriefen. Wir wissen nicht ob, und wieweit diese, mit den zärtlich gehegten jüdischen Aspirationen im Konflikt stehen. Wir können nur hoffen, daß diese Abmachungen in keiner Weise dem Geist und Wortlaut der bekannten britischen Erklärung zuwiderlaufen. Doch ist es schließlich die Friedenskonferenz, die auch hierin die Entscheidung fällen wird. Immerhin erwecken solche geheimen Abmachungen gewisse Befürchtungen und eine autoritative Klarstellung wäre sehr zu wünschen.

Amerika.

Vertreter der amerikanischen Judenheit auf dem Wege zur Friedenskonferenz. Der bekannte jüdische Sozialistenführer Wintschewsky, Delegierter des amerikanisch-jüdischen Kongresses für die Friedenskonferenz, der Redakteur des New Yorker jidischen Tagblattes „Vorwärts“ Ka-

han und andere Korrespondenten der amerikanisch-jüdischen Presse sind auf dem Wege nach Paris in London eingetroffen.

Einwanderungsverbot für die Vereinigten Staaten. In Stockholm sind Gerüchte verbreitet, daß der amerikanische Kongreß für die Zeit von fünf Jahren nach Abschluß des Friedens, die Immigration nach den Vereinigten Staaten verbieten wird.

Schweiz.

Verbandskonferenz der Poale-Zionisten in Lausanne. Das Stockholmer Verbandsbureau der jüdisch-sozialistischen Arbeiterpartei „Poale-Zion" lud die Landesorganisationen zu einer Beratung während der internationalen sozialistischen Tagung nach Lausanne ein. Die Hauptpunkte der Tagesordnung bilden die Formulierung der jüdischen Forderungen an die sozialistische Friedenskonferenz, die Stellungnahme zu allgemeinen politischen Fragen und die Einberufung eines Weltkongresses der jüdischen Arbeiter und der gesamten Judenheit.

Feuilleton

Der Sündige.

Von Schalom Asch.

(Schluß.)

Der erste Dajan (nach einem langen Stillschweigen): Vielleicht hat der Tote Seinen heiligen Namen beleidigt?

Der zweite Dajan: Vielleicht gehört der Tote schon gar nicht mehr zu diesem Friedhof!

Der Rabbi (nach kurzer Überlegung): Wo ist der Friedhofwächter?

Der ältere Totengräber: Was will der Rabbi?

Der Rabbi: Bring' Holz, zünd' ein Feuer an auf dem Friedhof, leg' aufs Feuer sieben Ziegel. (Zur Menge:) Wenn die Ziegel zerspringen werden, so wird es ein Zeichen sein, daß sein Judentum entzwei gegangen ist . . . Gehört er nicht zu diesem Friedhof, dann darf ihn die Erde nicht aufnehmen.

(Man bringt Holz, entzündet ein Feuer gegenüber dem Toten und legt sieben Ziegel auf den Holzstoß. Das Feuer flammt auf, beleuchtet die herumstehende Menge und wirft seinen Schein auf die Totenbahre und auf die kniende Frau in Schwarz. Lange Pause. Beklemmendes Schweigen. Plötzlich hört man ein Knacken — ein Ziegel platzt.)

Stimmen aus der Menge: Zersprungen!

Der Rabbi: Der erste! (Ein Knacken — ein zweiter Ziegel platzt.)

Stimmen aus der Menge: Zersprungen!

Der Rabbi: Erst der zweite!

(Nacheinander zerfallen alle Ziegel bis auf den letzten, der sich in der Glut hält. In der Menge ist es still. Da und dort hört man einen schreckensvollen Ausruf: Großer Gott! Vater im Himmel!)

Stimmen aus der Menge: Vater im Himmel, was hat der Mensch getan?

Der Rabbi: Noch einer ist geblieben.

Stimmen aus der Menge: Er hat schon Risse! (Pause.)

Eine Stimme: Der Länge und der Breite nach. Gleich muß er zerspringen (Man hört ein Knacken)!

Stimmen aus der Menge (schreckensvoll): Schon!

Der Rabbi: Noch nicht zersprungen. (Pause.)

Einer aus der Menge: Die Stücke halten fest, wie wenn das Feuer sie zusammengeschweißt hätte.

Erster Dajan: Eine jüdische Seele, nicht so leicht geht sie ab vom jüdischen Weg!

Zweiter Dajan: Gewiß Qualen ausgestanden, eh' es dazu gekommen ist!

Der Rabbi: Wie der Ziegel im Feuer, so hat sich seine Seele gequält.

(Das Feuer brennt langsam aus, es bleiben noch glimmende Scheite zurück, der Ziegel aber bleibt ganz. Die Menge steht schweigend da. Der Rabbi und die Dajanim treten an den Holzstoß und betrachten den Ziegel. Dann geht der Rabbi zum offenem Grabe und sagt mit ruhiger, ernster Stimme)

Der Rabbi: Du mußt ihn aufnehmen, Erde! Er ist ein Jude geblieben und gehört hierher. Und ihr, Tote, müßt ihm einen Platz geben unter euch.

Der Vorsteher (zu den Totengräbern): Grabt! (Die Totengräber beginnen zu graben.)

Der ältere Totengräber: Der Stein zerfällt unter meiner Schaufel.

Der jüngere: Wie Erde zerbröckelt er sich.

Der Rabbi (zum Diener): Geh hin zum Toten und sag' ihm, daß er nicht ihr Mann ist und sie nicht sein Weib.

Der Diener (umgürtet sich, bleibt vier Ellen vor der Totenbahre stehen und ruft): Du bist nicht ihr Mann, sie ist nicht dein Weib.

(Der Vorsteher und einige aus der Menge treten zu, fassen die Bahre an und tragen sie fort. Die Frau in Schwarz bleibt kniend auf ihrem Platz zurück. Man nimmt den Toten von der Bahre herab und senkt ihn, gehüllt in schwarze Linnen, ins Grab. Der Vorsteher zerbricht einen irdenen Topf und legt die Scherben dem Toten auf die Augen und auf den Mund.)

Der Vorsteher (zum Toten): Ich decke zu deine Augen, die das Schlechte gesehen haben, deinen Mund der Schlechtes geredet hat.

(Man verschüttet das Grab. Die Menge verliert sich in kleinen Gruppen, Laternen tragend. Der alte Totengräber bleibt zurück. Im Schein seiner Laterne und im letzten Glanz des verglimmenden Feuers hackt er ein Brettchen und steckt es in das Grab.

Man sieht, wie jenseits des Zaunes die Menge, immer mehr verschwindend, auf dem dunklen Wege ins Städtchen zieht. Der Totengräber ist mit seiner Arbeit zu Ende, bleibt einen Augenblick vor dem neuen Grabhügel stehen und spricht)

Der Totengräber: Ruhe in Frieden in deinem Bett!

(Es wird ganz finster. Die Scheite glühen noch im letzten Verglimmen. Bei dem schwachen Schein sieht man, wie die Frau in Schwarz mit stillen Schritten an das Grab herantritt und ihren schwarzen Schleier auf den Erdhügel wirft. Ganz in der Ferne verschwimmen die Lichter der Laternen.)

(Deutsch von Esther Schneerson-Feiwel.)

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

München. In einer von der hiesigen Zionistischen Ortsgruppe „Ahavas-Zion" einberufenen und von zahlreichen Gästen besuchten Versammlung sprach Walter Moses, Berlin in anregender und eingehender Weise über die „Besiedlungsmöglichkeiten Palästinas". Der Redner wies nach, daß die gegenwärtige jüdische Berufsgliederung den palästinensischen Wirtschaftsverhältnissen nicht entspricht und daß eine Berufsumschichtung in der Richtung einer stärkeren landwirtschaftlichen Betätigung hin unbedingt erforderlich sei. In Rußland, Galizien und Polen warten bereits große Massen von Auswanderern sehnsüchtig auf die erste Gelegenheit, nach Palästina kommen zu können und es ist eine unserer größten und schwersten Aufgaben, die nötigen Institutionen zu schaffen, die, eine Katastrophe verhindernd, diesen Einwandererstrom in geregelte Bahnen lenken. Alle diejenigen aber, die jetzt noch nicht nach Palästina können, sollten die Zwischenzeit dazu benützen, sich so gründlich wie möglich auszubilden, da wir, gerade um der großen Masse ungelernter Arbeiter Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, gut ausgebildete Vorarbeiter brauchen. Da, wo diese Ausbildung nicht aus eigenen Mitteln bestritten werden kann, muß die Organisation eingreifen. Das Publikum nahm in reger Diskussion zu den angeschnittenen Fragen Stellung und der Redner hatte in seinem Schlußwort Gelegenheit, manche im Laufe der Debatte aufgetauchten Unklarheiten und Unstimmigkeiten zu beseitigen.

Stuttgart. Die hiesige Ortsgruppe hielt am 4. Januar eine Mitgliederversammlung ab, in der Herr L. Lichtinger und S. Preßburger über den Delegiertentag berichteten. Die Diskussion mußte leider infolge Polizeistunde abgebrochen werden und wurde auf nächsten Samstag verschoben. Aus Anlaß des Weggangs von Herrn Willard spendete die Ortsgruppe 10 Ölbäume.

Nationalfonds. Familie Monheit wünscht zur Vermählung David Tennenbaum mit Frau Mirjam geb. Lehrfeld herzlich Masseltof M. 5.—. Abi und Hermann Monheit gratulieren ihrem Freund Leser Schindler herzl. zur Verlobung M. 3.—. Jos. Cheikowski gewonnene Wette gegen Herrn Paul Koronczyk M. 10.—. J. Cheikowski anläßl. d. Wohlergehens seiner Tochter Rosa M. 10.—. El. und Hermann Mahler grat. Arnold Marlé und Frau zum Jungen M. 2.—.

Notstandsaktion. Gesammelt nach dem Vortrag von Walter Moses, Berlin, M. 75.—. nach dem Referat von Dr. A. Fränkel und Kareski M. 102.—.

Goldenes Buch Richard Fränkel s. A. Any und Liesbeth Fränkel grüßen alle Fuldaer Blau-Weiß-Leute M. 2.—.

Dr. Hch. Schwab-Garten. Theodor Mendle anläßlich decr Jahrzeit seiner sel. Mutter 1 Ölbaum = M. 6.—.

Lisl Koronczyk s. A. Garten. Anläßl. einer Wette auf den Namen von Hulda Orloff gepflanzt 1 Baum. 6 M.

Hilfsaktion für die Pogromopfer. Summe der 1. Liste M. 920.—. 2. Spendenliste: Frau Gisela Schmidt 3000.—. Für versteigertes Benschen bei Brith-Milo im Hause Weißbarth, Hans Sachsstr. 11, 150.—. Gesammelt bei der Verlobung Leser Schindler mit Frl. C. Kreszower 50.—. Bei der Hochzeit S. Epstein mit Frl. Girant für versteigertes Benschen 50.—. Frau Jenny Strauß, Nürnberg, 20.—. Frl. Lilly Schachno, Nürnberg, 2.—. H. Schönbaum, Nürnberg, Bärenschanzstr. 75, 2.—. Summa 4194.— M. Weitere Spenden nimmt entgegen Josef Schachno, Theklastr. 1, Postscheckkonto Nr. 13625, N. Cohnreich: Inhaber Jos. Schachno.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Sonntag, 19. Januar 1919 Tagesausflug nach Grafing—Ölkofen. Treffpunkt 8 Uhr Ostbahnhof.

Der Turnrat.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" München. Sonntag, den 19. Januar 1919 fallen die Fahrten aus. Gemütliches Beisammensein um 10 Uhr im Stadtheim. Eventuell auch am Nachmittag.

Jüdischer Wanderbund Nürnberg. Sonntag, den 19. Januar 1919. Buben. 1. Zug 8.30 Uhr Endpunkt Linie 6 Erlenstegen—Kraftshof (Nachzügler fahren 1 Uhr 32 ab Nordostbahnhof nach Heroldsberg), 2. Zug 9 Uhr Endpunkt Linie 3, Herrnhütte—Kraftshof. Mädels: 8 Uhr 30 Endpunkt Linie 2, Waldlust—Ochenbruck.

Ortsgruppe München des Agudas Isroel

VORTRAG

des

Herrn Dr. NATHAN BIRNBAUM-WIEN:

GOTTES VOLK

Mathildensaal, Samstag, 18. Jan. 1919, pünktlich 8 Uhr.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß“, München e. V.

Dienstag, den 4. Februar 1919, 7½ Uhr abends, im Kleinen Saal des Hotels Union, Barerstrasse

ELTERNABEND

Referat: Herr cand. arch. ERNST FREUD „Jüdische Jugendbewegung und Blau-Weiss“.

Vorher wird die

GENERAL-VERSAMMLUNG

mit kurzer Tagesordnung abgehalten.

Eltern und Freunde werden höflichst eingeladen.

Die Vorstandschaft.

VEREIN BNE JEHUDA MÜNCHEN

Wegen Vortrag des Herrn Dr. Nathan Birnbaum (siehe Anzeige der Agudas Jsroel) wird die

Einweihung des neuen Vereinsheims

auf Sonntag, den 26. d. M. 3½ Uhr nachm. verlegt. Die Mitglieder treffen sich am Samstag abends beim Vortrag von Dr. Birnbaum.

DIE VORSTANDSCHAFT.

Verantwortlich für die Redaktion i. V.: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.